



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/236 - 14. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Deutsche und Franzosen</u> Psychologische Belastungen Von G. Markscheffel	77
3 - 3a	<u>Nach dem Sturm</u> Zu Chruschtschows Auftritt in New York	72
4	<u>Krise in Argentinien</u> Buenos Aires - neuralgischer Punkt in Lateinamerika	48
5-6 <u>Glosse:</u>	<u>Portrait eines Ministers</u> Das Weltbild des Bundesinnenministers	65
7	<u>Schulbeispiel</u> Der "EUD" und Adenauers Fernsehkrieg	28
7	<u>"Missbraucht"</u> Dokumentarfilm über die HJ - und eine Anregung	20

* * *
* * *

Deutsche und Franzosen

Psychologische Belastungen

Von G. Markscheffel

Das deutsch-französische Verhältnis ist seit der Abstimmung im Saargebiet nicht mehr einer solchen Belastung ausgesetzt gewesen, wie wir sie jetzt erleben. Obwohl jeder vernünftige französische und deutsche Bürger weiß, daß Deutsche und Franzosen zusammenhalten müssen, wenn Europa leben soll, hat sich in dieses Wissen ein Zweifel eingeschlichen, der so schnell wie möglich beseitigt werden muß.

Oft ist es nicht faßbar, was jetzt häufig an Stimmungen zum Ausdruck kommt. In der Bundesrepublik scheinen viele zu befürchten, daß die 5. Republik des Staatspräsidenten und Generals de Gaulle in eine Überbewertung des national-staatlichen Denkens hineingleitet. Befürchtungen dieser Art sind besonders in der deutschen Nachkriegsgeneration stark, in jener Generation, der man nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur gesagt hatte, daß Europa ihr Vaterland sei. Diese Idee, deren erste große Träger schon zwischen den beiden Weltkriegen Männer wie Briand und Stresemann waren, hat die Jugend des Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg beflügelt. Sie hat ihr geholfen, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden.

Vieles, was diese Generation jetzt aus Frankreich hört, erscheint ihr antiquiert. Sie versteht nicht die Fortsetzung des schrecklichen Krieges in Algerien, sie begreift nicht gewisse Reden, die über die Notwendigkeit einer bestimmten Führungsrolle in Europa gehalten werden und sie glaubt - kaum daß sie sich auf den Weg zur europäischen Integration gemacht hatte - einen Zersetzungsprozeß eben dieser Integration feststellen zu können. Wenn sie dann noch in französischen Zeitungen, die nicht kommunistisch sind, liest, daß ein Verteidigungsbündnis zwar technisch notwendig sei, aber nationalpolitisch nicht zu weit gehen dürfe, dann ist diese Jugend verwirrt.

Zur gleichen Zeit, da sich dieser Prozeß, ausgelöst durch weit-hin-sichtbare national-politische Forderungen, vollzieht, wird der integrationsfreudigen und auch gläubigen Nachkriegsgeneration von ewig Gestrigen eingeflüstert, sie sollte jetzt auch ihre "nationalen Belange" wahrnehmen. Der Schritt vom berechtigten Nationalbewußtsein zum Nationalismus hüben und drüben kann schnell getan werden.

Vielleicht spüren wir in diesen Tagen, daß auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze der europäische Integrationsprozeß tatsächlich zu sehr technisch gesehen wurde. Das Irrationale, was seit Jahrzehnten zwischen beiden Völkern steht, konnte sicher nicht durch Diplomatie und wirtschaftliches Kalkül überwunden werden. Es

Ist ein großer Unterschied, ob sich Staatsmänner und Diplomaten freundlich lächelnd gegenüber treten und ständig ihre gemeinsamen Auffassungen betonen, oder ob zwischen den Völkern selbst die innere Verbundenheit des gemeinsamen Schicksals anerkannt wird.

Was ist in dieser Situation zu tun? Wir meinen, daß die Bindungen und Verbindungen von Volk zu Volk über das Formale hinaus neu und besser geordnet werden sollten. Wir glauben, daß es möglich ist, Verrunft und Gefühl miteinander in Einklang zu bringen und die wechselseitigen Sorgen um die Existenz der Nation besser kennen und verstehen zu lernen.

In weiten Kreisen des französischen Volkes ist heute immer noch das national-politische Anliegen der Deutschen nach der Wiedervereinigung ihres Vaterlandes in Freiheit und Frieden problematisch. In unserem Volk existieren immer noch Vorstellungen von der Lebens- und Denkweise des französischen Volkes, wie sie vor vielen Jahren in unseren Schulen "gelehrt" wurden. Für den Durchschnitts-Franzosen ist das deutsche Wirtschaftswunder etwas Unheimliches; er fragt sich, wie es möglich ist, daß ein Land, das in zwei Weltkriegen geschlagen wurde, heute so dasteht, als ob es drei Kriege gewonnen hätte. Daß ein großer Teil des deutschen Volkes nicht im Wirtschaftswunder lebt, nimmt man kaum zur Kenntnis, weil man sich in der französischen Publizistik allzu sehr daran gewöhnt hat, die Bundesrepublik schlechtthin als Deutschland zu bezeichnen. Bei uns wiederum gibt es noch allzu viele Menschen, die sich überhaupt keine Gedanken darüber machen, was es für einen Franzosen bedeutet, wenn er plötzlich auf den Straßen seiner Dörfer und Städte deutsche Soldaten marschieren sieht ...

Und so könnte man viele Beispiele anführen, die uns deutlich machen, daß hüten und drüben die Vorstellungswelt unterschiedlich ist und daß es eines großen Einfühlungsvermögens bedarf, um Schwierigkeiten überwinden zu können, die sich im Augenblick aus der Eigenwilligkeit eines so bedeutenden Mannes wie de Gaulle ergeben.

Wir sind überzeugt, daß auch die jetzt sichtbar gewordenen Schwierigkeiten im deutsch-französischen Verhältnis überwunden werden können; nicht nur, weil wir die sachlich politische Notwendigkeit eines guten Einverständnisses anerkennen, sondern weil sich das deutsche und französische Volk gegenseitig sehr viel zu geben haben.

Nach dem Sturm

ler - Werden die Vereinten Nationen aus den Stürmen, in die sie durch die wilden, hemmungslosen, provokatorischen Marathonreden des sowjetrussischen Ministerpräsidenten gerieten, geschwächt oder gestärkt hervorgehen? Mit einem gewaltigen Klamauk, der alles bisherige übertraf, gab Chruschtschow vor dem Forum der UNO seine Abschiedsvorstellung; es war die eines tobenden, rasenden, demagogischen Mannes, und es war nicht die Rede eines Staatsmannes, sondern die eines von keinerlei Skrupeln beschränkten Agigators. Sie stürzte die Vereinten Nationen in eine beispiellose Verwirrung und in die schwerste Krise seit ihrem Bestehen. Der sowjetische Ministerpräsident ging nicht nach New York, um dort Friedensreden zu halten, und ein Klima vorbereiten zu helfen, das der Welt die Furcht vor einem möglichen neuen Krieg nimmt; er fuhr mit seinem ihm ergebenden Gefolge zum Sitz der Vereinten Nationen, um neue Unruhe, Verwirrung und Konflikte in eine ohnehin schon von Konflikten gepeinigten Welt hineinzutragen.

Die These der Koexistenz, die er so leidenschaftlich und polternd vertrat, sieht so aus: Wer nicht will, was ich tue, ist mein Feind. Der Nachfolger Stalins hält sich wohl für ein Werkzeug der Geschichte, dazu bestimmt, der ganzen Menschheit ein Führer zu sein, wer ihm auf diesem Wege nicht folgen will - und das ist eben die Überwiegende Mehrheit der Vereinten Nationen, zieht seinen Zorn auf sich, ihn bedeckt er mit Injektiven, ähnlich jenen, die in den dunkelsten Zeiten des Stalinismus den Verkehrsten zwischen erbarmungslos sich bekämpfenden Fraktionen innerhalb des Kreml bestimmten.

So erging es vielen westlichen Delegationen und zuletzt dem Vertreter der Philippinen. Chruschtschow ist groß geworden in einem Regime, in dem die Furcht gedeiht, und wo derjenige am schnellsten hochkommen kann, der anderen Furcht und Schrecken einjagt. Glaubt der sowjetische Ministerpräsident, er könne das Erfahrungsbild, das er in seinem Kampf um die höchste Spitzenposition des bolschewistischen Rußland gewann, auf die Vereinten Nationen übertragen? Für ihn besteht die Welt aus Kapitalisten, Neutralen und Kommunisten, und bringt man Kapitalisten und Neutrale genügend gegeneinander auf, werden die kommunistischen Länder als lachende Dritte schließlich das Feld beherrschen. Dieses primitive Schema beherrscht sein Weltbild, bestimmt sein Denken und sein Handeln; hier liegt der Schlüssel für sein die Welt schockierendes Auftreten in New York. Man muß sich fragen, was tun eigentlich die sowjetischen Diplomaten?

Haben sie ihrem Chef über die wirkliche Stimmung und die wirklichen Verhältnisse im Westen und in den neutralen Ländern ein so falsches Bild gegeben, daß Chruschtschow zur Fehleinschätzung der Position Moskaus in der Weltpolitik gelangen mußte?

Der allmächtige Herr des Kreml mußte erleben, daß sein Bild von der Welt nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, daß es mehr von Wunschvorstellungen geprägt ist. Chruschtschow ging davon aus, die Interessen der entwicklungsfähigen, die Freiheit schon gewonnener oder noch zu gewinnender Länder seien mit der Interessenslage der Sowjetunion identisch. Welch folgenschwerer Irrtum. Die Sowjetunion wirft sich zum Champion des Antikolonialismus auf, sie fordert für alle Völker das Selbstbestimmungsrecht, in ihrem eigenen Machtbereich aber läßt sie einen Kolonialismus neu entstehen und tritt das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen. Chruschtschow brandmarkt die westlichen Mächte insgesamt als Imperialisten und Kriegsanstifter, gleichzeitig aber fordert er die Kolonialvölker auf, die Waffen zu erheben. Der gleiche Mann lobt die Koexistenz als die einzig mögliche Basis des menschlichen Zusammenlebens (womit er nur eine Selbstverständlichkeit ausspricht), zur gleichen Stunde aber legt er die Axt an die Wurzel der Vereinten Nationen und will damit das Gebäude zerschlagen, das gegen Ende des zweiten Weltkrieges errichtet wurde, um allen Völkern Schutz vor Aggressionen und das Recht auf Eigenleben zu bieten.

Muß Chruschtschow nicht, nun wieder in Moskau, das Gefühl haben, zu weit gegangen zu sein? Jetzt wird er vor der Vollversammlung der UNO die von ihm gewünschte Debatte über Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker bekommen. Es war gut, daß der britische und amerikanische Delegierte, zwar zögernd, dem zuletzt zustimmten. Der freie Westen braucht (Frankreich mit seinem Algerienkrieg bleibt allerdings ein Sonderfall) diese gewaltige Auseinandersetzung nicht zu fürchten, wenn er die Redlichkeit seines Willens unter Beweis stellt, und in seinen eigenen Bereichen alles tut, die Reste des Kolonialismus zu liquidieren. Großbritannien gab viele gute Beispiele, und es ist gewiß kein Zufall, daß es unter den Völkern, die gestern noch unter britischer Vorherrschaft standen, heute jedoch in Genuß der Souveränität sind, gute Freunde besitzt, die wohl in der Lage sind, den hohlen Wert sowjetischer antikolonialistischer Tiraden zu erkennen.

Der Sturm, den Chruschtschow entfacht hat, wird sich in den Vereinten Nationen wieder legen. Wie die Abrüstung, die kontrollierte und gleichwertige Abrüstung, vorankommen soll, vermag wohl niemand im Augenblick zu sagen. Stärker als je droht die Gefahr eines allgemeinen Wettrüstens, getrieben von einem wachsenden Mißtrauen. Chruschtschows Auftritt in New York läßt viele bange Fragen offen. + + +

Krise in Argentinien

ED - Die jüngsten Differenzen zwischen Staatspräsident Frondizi und der argentinischen Armesführung haben erneut bewiesen, daß das Land seit der Vertreibung des Diktators Peron sein inneres Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden hat. Wie schon oft in den letzten Jahren so ist auch jetzt die Frage der Ölfelder und ihre Ausbeutung durch ausländische Gesellschaften der offizielle "Stein des Anstosses" gewesen, obwohl alle Kräfte der Lage die wirklichen Gründe tiefer ansetzen.

Schon seit langem ist bekannt, daß einflussreiche Offiziere, darunter von allen die Generale Pedro Charpy und Toranzo Montero, die schwache Haltung der Regierung Frondizi gegenüber peronistischen und kommunistischen Organisationen mit Mißtrauen und Besorgnis betrachten. Die Attentatsversuche und Putschaktionen in mehreren Teilen Argentiniens sowie die nachsichtige Behandlung, welche die Polizei den darin verwickelten Peronisten und Kommunisten angedeihen liess, haben nicht nur die Öffentlichkeit, sondern vor allem jene Gruppen innerhalb der Armee und der Marine zur Wachsamkeit veranlaßt, die einst maßgeblich an der Entfernung Perons beteiligt waren.

Hinzukommt, dass die wirtschaftliche - und damit verbunden - soziale Situation Argentiniens trotz der optimistischen Beteuerungen Frondizis und seines Wirtschaftsministers Alsogaray alles andere als rosig ist. Die Lebensmittelpreise sind seit einem Jahr um nahezu die Hälfte angestiegen, während die Löhne mit der allgemeinen Preisentwicklung nicht nachgekommen sind. Obwohl die Gewerkschaften, deren grösster Teil nach wie vor sehr stark von einstigen peronistischen Funktionären durchsetzt ist, eine Anzahl von Streiks durchgeführt haben und dadurch die innenpolitische Lage anheitzern, scheinen sie selbst zur Zeit keine Chance zu haben, ihre Forderungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet durchzusetzen. Hierbei steht dann nur noch der Weg über die politische Aktion offen, der aber - und unter diesem Aspekt sind die Schritte der Armee zu sehen - von der argentinischen Wehrmacht blockiert wird.

Die Offiziere haben eine Kabinettsumbildung gefordert, die einen Rücktritt Frondizis nicht ausgeschlossen hat. Das aber wiederum hat den Widerstand des Staatspräsidenten versteift. Immerhin konnte er nicht umhin, einstige prominente Persönlichkeiten des anti-peronistischen Umsturzes von 1956 zu Gesprächen über die Lage hinzuzuziehen. Einer von ihnen, General Aramburu, hat dem Staatspräsidenten sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß die Mehrzahl der Bevölkerung der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauen mehr entgegenbringt und der Meinung sei, Frondizi betreibe ein doppeltes Spiel.

Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, wie sich die Entwicklung im Lande in den nächsten Wochen abspielen wird, jedoch gilt die Rückberufung des Wirtschaftsministers Alsogaray aus New York als ein Zeichen dafür, daß Frondizi die Lage als sehr ernst betrachtet. Die innenpolitische Unruhe Argentiniens jedoch wird nicht auf das Land allein beschränkt bleiben, sondern ihre Einwirkungen in ganz Lateinamerika haben. Aus diesem Grunde ist zur Stunde Buenos Aires ein sehr neuralgischer Punkt im Umformungsprozess eines grossen Kontinents.

Portrait eines Ministers

xxx. Den Bundesinnenminister Gerhard Schröder hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Krone einmal in etwas hölzernem Pathos den "deutschen Verfassungsminister" genannt und damit unterstreichen wollen, welcher Respekt ihm entgegenzubringen ist. Rein bürokratisch ist die Bezeichnung "Verfassungsminister" korrekt, denn die Angelegenheiten des Grundgesetzes gehören zum Ressort des Innern. Aber besonderer Wertschätzung durch den zuständigen Minister erfreut sich das Bonner Grundgesetz keineswegs.

Fast möchte man Schröder einen Querschläger nennen, der keine Gelegenheit auslässt, seine Gegner zu reizen und seine Parteifreunde zu verprellen. Als ob er nicht schon genügend Ärger hätte, sucht er ständig neue Anlässe, die Öffentlichkeit zu belehren, ein wie unzulängliches Elaborat das Grundgesetz doch eigentlich ist. Dass er für seine Partei langsam zu einer Belastung wird, kann man von CDU-Abgeordneten bereits ohne besondere Vertraulichkeit hören.

Jetzt hat Herr Schröder wieder die Regierungen der Länder verärgert, denen er den sogenannten ersten Durchgang der Gesetzentwürfe im Bundesrat nehmen will. Dieses Verfahren - die Länder haben dabei zur Stellungnahme nur drei Wochen Frist - ist im Grundgesetz festgelegt, die Länder würden es mit Klauen und Zähnen verteidigen. Also gibt es ohnehin keine Chancen, das Vorhaben zu realisieren. Schröder aber hat wieder einmal die Gelegenheit benutzt, seinem Unmut über das Grundgesetz öffentlich Lauf zu geben.

Er selber war nicht im Parlamentarischen Rat; hätte er dort gesessen, wüsste man genauer, wie Schröder sich den freiheitlichen Rechtsstaat vorstellt. Aber weil er aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, lässt sich ein Mosaik bilden.

Gewählt würde in einem solchen Staat selten, denn Wahlen bringen unerwünschte Unruhe unter die Leute. Sie führen auch die Regierung in Versuchung, auf die Gunst des Publikums zu schießen. Darum sollten nach Schröders Vorstellung alle Wahlen auf den verschiedenen Gebietsstufen auf einen Tag fallen. Die Partei, die in der Zentrale regiert, hätte die Macht auch bis nach unten... denkt der Innenminister vermutlich.

Von der Teilung der Macht durch ein System von Gewichten und Gegengewichten im Sinne der "checks and balances" der amerikanischen

Verfassung will unser Innenminister nichts wissen. Die Macht muss nicht nur an der Spitze und unten in den Händen derselben Partei liegen, der reibungslose Befehlsvollzug muss auch gewährleistet sein. Darum sind solche Einrichtungen wie der Bundesrat, die manchmal schon frühzeitig Gesetzentwürfe der Bundesregierung verändern, lästiger Sand im Getriebe.

Der Staat ist unfehlbar, niemals kann er Unrecht tun, der potentielle Feind sind immer "die anderen." Das Bild des frei verantwortlichen Bürgers und seiner Selbstverwaltungsorgane existiert kaum in Schröders Vorstellung. In Krisenfällen ist absolute Konzentration der Macht in der obersten Exekutive erforderlich, denn nur auf sie ist in Zweifelsfällen Verlass. Einrichtungen wie der vom Bundesrat vorgeschlagene Notstandsauusschuss des Parlaments können nur die Entschlussfreudigkeit der Regierung hemmen.

Ein starker Staat muss auch die Vollmacht haben, jederzeit Verdächtige festzusetzen. Unsere bestehende Verfassungsordnung lässt die Beobachtung und die aktive Bekämpfung von Extremisten durch verschiedene Organe - Verfassungsschutz und Polizei - vornehmen, um die Rechtssicherheit zu erhöhen. Wenn es nach unserem Innenminister ginge, hätten wir Staatssicherheitsämter mit polizeilichen Vollmachten.

Für Schröder verkörpert die Exekutive das objektiv Gute, sie ist im "Parteiengetzänk" selber neutral. Die Vertreter der Regierung in Rundfunk- und Fernschreibern sind selbstverständlich immer überparteilich; sie brauchen kein Pendant durch die politische Opposition. In der Kulturpolitik bedarf es der Führung. Wenn zuviel Studenten auf die Universitäten drängen, muss jeder vierte herausgeprüft werden.

Schröders Welt ist die des 19. Jahrhunderts, in der eine starke Obrigkeit regulierend für das gemeine Wohl sorgt, das dem beschränkten Untertanenverstand nicht zugänglich ist. Schröders Demokratie ist die der unterentwickelten Völker, in denen Obristen und Generale das Ruder in die Hand nehmen. Es ist die "gelenkte Demokratie".

Schulbeispiel

sp - Ein Schulbeispiel, wie man Tatsachen verdrehen und aus Weiss Schwarz machen kann, liefert der Deutschland-Union-Dienst in seiner Ausgabe vom 12. 10. d.J. Er beschwört alle, "die es angeht", den Fernsehstreit in der Bundesrepublik schnellstens aus der Welt zu schaffen, da sonst der Fall eintreten könnte, dass die Pankower mit ihrem zweiten Fernsehprogramm der Bundesrepublik zuvorkommen. Dafür wären dann immer - nach dem DUD - die "Obstruktionsversuche" der sozialdemokratischen Länderchefs verantwortlich.

Der offizielle Pressedienst der CDU/CSU hätte besser getan, sich einer Polemik zu enthalten - geht sie doch ins eigene Auge. Sollten aber wirklich die Pankower mit ihrem für die Bundesrepublikaner bestimmten zweiten Fernsehprogramm früher starten - dass es ein Hetzprogramm sein wird, steht wohl außer Zweifel - so hat ihnen kein Geringerer als der Parteichef der CDU/CSU und Bundeskanzler Dr. Adenauer dazu Gelegenheit gegeben. Er hat in souveräner Machtvollkommenheit und entgegen allen Warnungen den leidigen Fernsehstreit durch sein eigenmächtiges, von Parteigoismus diktiertes Handeln hervorgerufen. Ihm ging und geht es nicht darum, durch ein zweites, konkurrierendes Fernsehprogramm der Hetzpropaganda Pankows zu begegnen, ihm geht es vor allem um die Erstellung eines eigenen, seinen Parteizwecken dienenden Instrumentes zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung.

Wir hätten schon längst ein zweites Fernsehprogramm haben können, wäre nicht von der Bundesregierung in den vergangenen Jahren dagegengeschossen worden; eben im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen. Der DUD bestreitet dies, aber damit stellt er seiner Wahrheitsliebe nicht gerade ein gutes Zeugnis aus. Nicht die sozialdemokratischen Länderchefs betrieben Obstruktion, wohl aber der Parteichef der CDU - darüber helfen keine noch so geschickten Ausflüchte hinweg.

+ + +
"Missbraucht"

sp - In Düsseldorf wurde Donnerstag ein Dokumentarfilm über die Hitlerjugend unter dem Titel "Missbraucht" uraufgeführt. Wie es heisst, ist dieser Film sehr eindrucksvoll und zeigt, wie der Idealismus der deutschen Jugend grausam missbraucht wurde. Das Material stammt aus Wochenschauaufnahmen, sowie in- und ausländischen Dokumentarfilmen. In Kürze soll dieser Film im Rahmen der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit den Schülern und Jugendorganisationen zur Verfügung stehen. - Es wäre sicher gut, wenn man im Anschluß an die Vorführung dieses Films mit den jugendlichen Zuschauern Diskussionen durchführen würde, in denen zu klären wäre, welchen Eindruck der Bildstreifen auf die Jugend unserer Zeit hinterlässt. Vieles was in diesem Film gezeigt wird, ist der Generation, die Hitlers Sowaltherrschaft selbst erlebte, geläufig. Die heute 15- bis 20-Jährigen jedoch könnten unter Umständen fremd dem Gezeigten gegenüberstehen, weil ihre Eltern - aus welchen Gründen auch immer - ihnen nichts oder wenig darüber gesagt haben. Da auch im staatsbürgerlichen Unterricht an den Schulen bisher sehr unterschiedliche Auffassungen über das Geschehen von 1933 bis 1945 dargelegt wurden, kann der jetzt vorliegende Film mit Hilfe von guten Diskussionen vielleicht die Brücke über jene Lücken schlagen, die von 1945 bis jetzt schon entstanden sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel